



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2022

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung	3
II.	Zusammenfassung Deutschland	4
III.	Deutschland – Daten 2022	8
IV.	Zusammenfassung Länder	13
V.	Länder – Daten 2022	19
VI.	Tabellenverzeichnis	39

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Verteilerschlüssel gemäß § 1 Absatz 2 der Vergaberichtlinien (<https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/bumuki/ueber-uns/verga-berichtlinien>) auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes vom 22. November 2020 (BGBl. I S. 2466), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung der letzten Änderung durch Beschluss des Stiftungsrates vom 17. November 2021, in Kraft getreten am 01. Januar 2022, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger für den Berichtszeitraum vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen -

Hilfempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2022 **738 819 Lebendgeburten**. Das bedeutet einen Rückgang der Lebendgeburten um **7,12 %** im Vergleich zum Vorjahr. Damit stellt die Geburtenzahl in 2022 die niedrigste seit 2015 dar. Zuvor kam es im Jahr 2021 zum ersten Mal seit 2018 zu einer Steigerung der Lebendgeburten um 2,9 % (2018: 787 523; 2019: 778 090; 2020: 773 144; 2021: 795 492).

2022 war mit **120 771 Antragstellerinnen** ein Rückgang von 4,0 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies war die geringste Anzahl an Antragstellerinnen in den vergangenen zehn Jahren. Die Zahl der **Hilfempfängerinnen** ging im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 % auf **111 242** zurück. Damit lag sowohl die Zahl der Antragstellerinnen wie auch die der Hilfempfängerinnen deutlich unter dem Niveau von 2016. Die Bewilligungsquote ist im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 92 Prozent gesunken (Tabelle 1).

Der Rückgang der Anträge ist auch in diesem Berichtsjahr zumindest zum Teil wieder eine Folge der Erschwerung der Antragsstellungen aufgrund der weiterhin bestehenden Coronapandemie. Die ab März 2020 geltenden Sonderregelungen zur Antragsstellung wurden zunächst bis September 2021 und schließlich bis Ende Mai 2022 verlängert. Damit mussten sich die Hilfesuchenden weiterhin zunächst telefonisch mit der Beratungsstelle in Verbindung setzen, ihren Antrag online stellen und diesen meist noch in Papierformat einreichen. Immerhin ist der Rückgang der Antragsstellungen um 0,8 Prozentpunkte geringer als noch im Jahr davor.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug mit 111 242 Bewilligungen, ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2022 **15,1 %**. Der Anteil erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,3 Prozentpunkte. In den vorherigen Jahren ging der Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, deutlich zurück - 2021: 14,8 %, 2020: 15,8 %, 2019: 17,0 %. In 2022 wurde damit in etwa **jede siebte Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt wurde.

Bei den Altersgruppen der Hilfempfängerinnen gab es in 2022, wie bereits die Jahre zuvor, keine Veränderung. Der Anteil der **volljährigen Hilfempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** und die der **Minderjährigen** entsprechend bei nur **2 %** (Tabelle 2).

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2022 geboren wurden, zum Teil bereits in 2021 erfolgt sind, und zum anderen Kinder, für die noch in 2022 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2023 geboren wurden.

In Bezug auf den **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, um vier Prozentpunkte auf 44 % gesunken. Dennoch stellt diese Einkommensart immer noch mit großem Abstand die am häufigsten vorkommende Einkommensart der Hilfeempfängerinnen dar. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber dem Vorjahr kaum Veränderungen (Tabelle 3). Nur die Anteile an jenen Hilfeempfängerinnen, die ihr Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen, waren jeweils um zwei Prozentpunkte gestiegen.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2022 leichte Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach der **20. Schwangerschaftswoche**² beantragt. Allerdings ist der Anteil dieser Hilfeempfängerinnen, im Vergleich zum Vorjahr um drei Prozentpunkte auf 72 % gestiegen. Dagegen ist der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche bei 4 % geblieben. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge sind mit einem Anteil von 24 % um drei Prozentpunkte leicht gesunken (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es erneut deutlichere Veränderungen. Weiterhin die größte Gruppe mit 51 % bildeten im Berichtsjahr diejenigen Hilfeempfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Deren Anteil stieg im Vergleich zum Jahr 2021 um 6 Prozentpunkte an, während er von 2020 auf 2021 noch um 4 Prozentpunkte gesunken war. Der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden blieb mit 33 % gleich. Hingegen sank der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen um 6 Prozentpunkte auf 16 %, nachdem deren Anteil im Vorjahr um 4 Prozentpunkte angestiegen war (Tabelle 6).

In 2022 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr um 38 Beratungsstellen gestiegen, nachdem sie im Vorjahr minimal gesunken war. Insgesamt wirkten somit 1 269 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 84 % in freier, der Rest in staatlicher bzw. kommunaler Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **111 242 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2022 der **statische Durchschnittswert einer Bewilligung 876 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 76 Euro höher. Das entspricht einer Erhöhung von 9,5 % (Tabelle 9). Hierfür könnte unter

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

anderem die zusätzliche Bereitstellung von insgesamt 5.561 Mio. Euro im Jahr 2022 zum Ausgleich von Nachteilen infolge des Ukrainekrieges mit ursächlich sein (siehe auch den Abschnitt „Sonderauswertung [...]“ auf dieser Seite am Ende und auf S. 7 sowie S. 18 f.). Zudem ging die Erhöhung des Durchschnittsbetrags mit einem Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 5,4 % einher. Auch hat sich die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** gegenüber 2021 verändert: Während sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 300 Euro und der Bewilligungen bis 600 Euro weiter um 2 Prozentpunkte bzw. 4 Prozentpunkte verringerten und auch der Anteil der Bewilligungen bis 1.000 Euro um einen Prozentpunkt sank, stiegen die Bewilligungen bis 1.500 Euro um 4 Prozentpunkte an. Die Bewilligungen über 1.500 Euro stiegen dabei ebenfalls um 3 Prozentpunkte auf 8 % der gesamten Erstbewilligungen im Jahr 2022 an. Somit wurden am häufigsten Beträge zwischen 600 und 1500 Euro bewilligt, es folgten Bewilligungen mit Beträgen über 1.500 Euro. Am seltensten bewilligt wurden Beträge bis 300 EUR. Die Verschiebung zu höheren Bewilligungsbeträgen, die im Jahr 2019 erstmals aufgetreten ist, setzte sich somit im Jahr 2022 fort (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30). Im Berichtsjahr wurden, wie in den Vorjahren, in keinem Land Beträge bis 300 Euro am häufigsten ausbezahlt. Solche Beträge zwischen 600 und 1000 Euro wurden durch die Zentralen Einrichtungen in 2022 in 7 Ländern am häufigsten ausbezahlt. In 4 Ländern waren es Beträge zwischen 300 und 600 Euro. In Rheinland-Pfalz und Thüringen stiegen die Bewilligungen der Beträge über 1.500 Euro erheblich an: Im Jahr 2021 erhielten diesen Betrag 15 % bzw. 6 % der Hilfeempfängerinnen in diesen beiden Bundesländern, während es 2022 bereits 38 %, bzw. 24 % der Hilfeempfängerinnen waren. Auch Bayern, Brandenburg und Sachsen verzeichneten beim Anteil der Bewilligungen über 1.500 Euro einen deutlichen Zuwachs. In zwei Ländern, Rheinland-Pfalz und Sachsen, wurden durch die Zentralen Einrichtungen Beträge über 1.500 Euro erstmals am häufigsten ausgezahlt.

Sonderauswertung zu zusätzlichen Mitteln 2022 zum Ausgleich von Nachteilen infolge des Ukrainekrieges

Im Haushaltsjahr 2022 hat die Bundesstiftung Mutter und Kind zusätzliche Mittel aus dem Ergänzungshaushalt für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg erhalten, die dem Ausgleich der durch die Kriegsfolgen gestiegenen Kosten dienen sollten. Insgesamt wurden 5,561 Mio. Euro mehr zur Verfügung gestellt, wovon 2,439 Mio. Euro direkt in die Stiftungsmittel flossen und mit diesen nach den gleichen Kriterien vergeben wurden. Diese sind auch durch die Sozialdatenerhebung 2022 erfasst worden.

Weitere 3,122 Mio. Euro wurden gesondert aus dem Einzelplan 60 an die Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung Mutter und Kind vergeben. Nach Beschluss des Stiftungsrats im

Umlaufverfahren vom 14.07.2022 erfolgte die Verteilung an die Zuweisungsempfänger (ohne Schleswig-Holstein³) nach dem für die Stiftungsmittel geltenden Verteilerschlüssel. Dabei wurden der Geschäftsführung 2.000,00 Euro zur Erstellung von Informationsmaterialien für Geflüchtete zugewiesen. Verwendet werden durften die Mittel ausschließlich für finanzielle Hilfen an aus der Ukraine geflohene schwangere Frauen oder für Energiekostenzuschüsse, die an alle Hilfeempfängerinnen der Bundesstiftung Mutter und Kind vergeben werden konnten. Dies wurde durch einen zweiten Stiftungsratsbeschluss festgelegt, der zudem regelte, dass nicht verbrauchte Mittel an das Bundesministerium der Finanzen zurückfließen mussten.

Die Zuweisungsempfänger waren außerdem gehalten, nach Möglichkeit Daten zu erheben, was jedoch aufgrund der unterschiedlichen Vergabestrukturen nicht in allen Bundesländern möglich war und wenn, in unterschiedlicher Weise erfolgte. Die Daten lassen sich entsprechend nicht tabellarisch abbilden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Zusatzmittel vollumfänglich zweckentsprechend eingesetzt werden konnten. Einzelheiten in Kapitel IV.

³ Der Zuweisungsempfänger in Schleswig-Holstein hat nach Rücksprache mit den Trägern der Schwangerenberatungsstellen auf die Inanspruchnahme der Zusatzmittel, die nach gesonderten Kriterien zu vergeben waren, verzichtet.

III. Deutschland – Daten 2022

Endgültige Geburtenzahl: 738 819 (2021: 795 492)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	+ 14,0 %	+ 14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %
2019	144 000 (100 %)	132 170 (92 %)
Veränderung 2018/2019	- 6,3 %	- 6,1 %
2020	132 111 (100 %)	122 044 (92%)
Veränderung 2019/2020	- 8,3 %	- 7,7 %
2021	125.786 (100 %)	117.540 (93 %)
Veränderung 2020/2021	- 4,8 %	- 3,7 %
2022	120.771 (100 %)	111.242 (92 %)
Veränderung 2021/2022	- 4,0 %	- 5,4 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung	bis 17 Jahre	ab 18 Jahre	
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)
2019	2 571 (2 %)		129 599 (98 %)
2020	2.620 (2 %)		119 424 (98 %)
2021	1.916 (2 %)		115 624 (98 %)
2022	1.985 (2 %)		109 257 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG ⁴	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)
2019	24 024 (18 %)	2 725 (2 %)	2 391 (2 %)	67 393 (51 %)	9 300 (7 %)	6 928 (5 %)	19 409 (15 %)
2020	23 390 (19 %)	2 903 (2 %)	2 363 (2 %)	60 220 (49 %)	7 380 (6 %)	6 789 (6 %)	18 999 (16 %)
2021	23.776 (20 %)	2.756 (2 %)	2.317 (2 %)	56.617 (48 %)	7.295 (6 %)	6.679 (6 %)	18.100 (16 %)
2022	24 069 (22 %)	2 215 (2 %)	1 858 (2 %)	49 642 (44 %)	9 047 (8 %)	6 501 (6 %)	17 910 (16 %)

⁴ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: entfallen

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)
2019	4 942 (4 %)	36 860 (28 %)	90 368 (68 %)
2020	4 236 (3 %)	32 852 (27 %)	84 956 (70 %)
2021	5 205 (4 %)	31.150 (27 %)	81 185 (69 %)
2022	4 519 (4 %)	26 440 (24 %)	80 283 (72 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)
2019	64 744 (49 %)	44 967 (34 %)	22 459 (17 %)
2020	59 638 (49 %)	40 917 (33 %)	21 489 (18 %)
2021	52 578 (45 %)	38 835 (33 %)	26 127 (22 %)
2022	56 263 (51 %)	37 221 (33 %)	17 758 (16 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwangerschaftsberatungsstellen	Freie Trägerschaft	Staatlich / kommunale Trägerschaft
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017*)	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	+ 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %
2019	1 238	1 026	212
Veränderung 2018/2019	- 0,6 %	- 0,4 %	- 1,4 %
2020	1 250	1 045	205
Veränderung 2019/2020	+ 1,0 %	+ 1,9 %	- 3,3 %
2021	1 231	1 045	186
Veränderung 2020/2021	- 1,5 %	+/- 0 %	- 9,3 %
2022	1 269	1 067	202
Veränderung 2021/2022	+ 3,1 %	+ 2,1 %	+ 8,6 %

*) Veränderung gegenüber Sozialdatenbericht 2017 infolge einer nachträglichen Korrektur bei den Länderdaten.

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

	Durchschnittsbetrag (nach alter Berechnung) ⁵	Durchschnittsbetrag (nach neuer Berechnung) ⁶
2013	692 Euro	702 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro	- 33 Euro
2014	694 Euro	597 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro	- 105 Euro
2015	669 Euro	613 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro	+ 16 Euro
2016	634 Euro	655 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro	+ 42 Euro
2017	623 Euro	622 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro	- 33 Euro
2018	684 Euro	661 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro	+ 39 Euro
2019	763 Euro	736 Euro
Veränderung 2018/2019	+ 79 Euro	+ 75 Euro
2020	809 Euro	770 Euro
Veränderung 2019/2020	+ 46 Euro	+ 34 Euro
2021	839 Euro	800 Euro
Veränderung 2020/2021	+ 30 Euro	+ 30 Euro
2022		876 Euro
Veränderung 2021/2022		+ 76 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2022

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)
2019	11 547 (9 %)	53 198 (40 %)	43 552 (33 %)	19 463 (15 %)	4 410 (3 %)
2020	6 918 (6 %)	46 821 (38 %)	42 320 (35 %)	21 730 (18 %)	4 255 (3 %)
2021	5 638 (5 %)	41 435 (35 %)	44 317 (38 %)	20 040 (17 %)	6 110 (5 %)
2022	3 879 (3 %)	34 079 (31 %)	40 681 (37 %)	23 140 (21 %)	9 463 (8 %)

⁵ Mittelwert der Durchschnittsbeträge der 16 Zuweisungsempfänger (ZE); nach 2021 nicht mehr erhoben.

⁶ Neuberechnung des Durchschnittsbetrags des Bundes seit Sozialdatenbericht 2020 (s. Hinweis in Sozialdatenbericht 2020, S. 5 f.)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2022 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2022 ging in 13 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zwischen 1,0 % und 13,9 % zurück. Rückgänge von über 10 % waren in Bayern (10,4 %) und Brandenburg (13,9 %) zu verzeichnen. Dies ist besonders in Bayern ein deutlicher Rückgang: im letzten Jahr kam es dort noch zu einem Anstieg der Zahl der Hilfeempfängerinnen von zumindest 1,0 %. In drei Bundesländern stieg der Anteil der Hilfeempfängerinnen dagegen an: in Rheinland-Pfalz um 10 Prozentpunkte, im Saarland um 3,3 Prozentpunkte und in Thüringen um 4,2 Prozentpunkte. 2021 war Rheinland-Pfalz dagegen eins der drei Bundesländer, die einen Rückgang von mindestens 10 % verzeichneten (Tabelle 15).

Einen Rückgang der **Antragszahlen** gab es in 11 Bundesländern. Am höchsten fiel er mit 11,9 % in Hessen aus, gefolgt von Bayern mit 10 % und Schleswig-Holstein mit 8,3 %. Den geringsten Rückgang hatte die Zentrale Einrichtung in Sachsen-Anhalt mit 1,1 % zu verzeichnen. Während Bayern im vorangegangenen Jahr noch das einzige Land war, in dem es einen leichten Anstieg der Antragszahlen gab, stiegen im Jahr 2022 in 5 Ländern die Antragszahlen. Am höchsten fiel dabei dieser mit 7,8 % in Rheinland-Pfalz aus, gefolgt von Thüringen mit 5,6 % (Tabelle 14).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnte im Jahr 2022, wie bereits in den Vorjahren, die Zentrale Einrichtung Bayern mit 98 % verzeichnen. Die niedrigste Bewilligungsquote gab es erneut in Brandenburg (80 %), wo ein Rückgang der Bewilligungsquote um sieben Prozentpunkt zu verzeichnen war. Sachsen fiel bei einer Bewilligungsquote von 88 % erstmals seit 2016 unter 90 %. In allen anderen Ländern betrug sie mindestens 90 % (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfempängerinnen unter 18 Jahren** betrug 2022, wie bereits 2021, durchschnittlich 2 %. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen lagen mit 4 bzw. 3 % über dem Durchschnitt. 6 Länder wiesen dagegen Werte unterhalb des Durchschnitts auf (Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Der prozentuale Anteil der **Hilfempängerinnen über 18 Jahren** lag dem entsprechend, wie auch in den Vorjahren, im Bundesdurchschnitt bei 98 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfempängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfempängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war 2022 im Bundesdurchschnitt um 4 Prozentpunkte auf 44 % gesunken. In den Ländern lagen die Veränderungen im Trend bei einem Rückgang von einem bis vier Prozentpunkten. Überdurchschnittlich sank in Brandenburg und Bremen der prozentuale Anteil dieser Hilfempängerinnen mit jeweils 10 Prozentpunkten. Die geringste Steigerung gab es in Mecklenburg-Vorpommern, jedoch nur um einen Prozentpunkt auf 46 %. In Sachsen-Anhalt blieb der Anteil unverändert.

Auch in 2022 war der Anteil dieser Gruppe in fast allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 30 % (Thüringen) und 63 % (Berlin). In 14 Ländern war es die häufigste Art des Haupteinkommens der Hilfempängerinnen; außer in Bayern (31 %) und Thüringen (30 %), wo es nur die zweithäufigste Haupteinkommensart war. Mit Abstand am höchsten waren die Anteile in Berlin (63 %), dem Saarland (56 %) und Bremen (55 %). Auch in Hamburg und Sachsen-Anhalt lagen sie über 50 % (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfempängerinnen, die **Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit** bezogen, stieg bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozentpunkte auf 22 %. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich auch in den meisten Ländern. In Bayern (35 %), Schleswig-Holstein (33%) und Thüringen (45 %) lag er deutlich höher und stellte in den beiden letztgenannten Ländern auch die häufigste Haupteinkommensart der Hilfempängerinnen dar. Im Vergleich zu 2021 stieg der Anteil dieser Einkommensgruppe in 12 Bundesländern an und stagnierte in den restlichen 4 Bundesländern. Insgesamt ist in 2022 Einkommen aus selbständiger oder nicht selbständiger Tätigkeit in 2 Bundesländern die häufigste, in 9 Bundesländern die zweithäufigste und in 4 Ländern die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfempängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfempängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** entsprach im Bundesdurchschnitt mit 16 % erneut dem Vorjahreswert und war damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern dagegen belegte er viermal

den zweiten Platz (17 bis 35 %), siebenmal den dritten Platz (13 bis 17 %) und dreimal den vierten Platz (6 bis 11 %) (Tabelle 23).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, stieg 2022 im Bundesdurchschnitt um zwei Prozentpunkte auf 8 % an. Auch in den Bundesländern gab es nur leichte Abweichungen zum Vorjahr. In keinem Land war ein Rückgang zu verzeichnen, in zweien blieb er unverändert. Den deutlichsten Anstieg gab es in Bremen mit 5 Prozentpunkten auf 8 %. In Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen und Thüringen war ein Anstieg um jeweils drei Prozentpunkte zu verzeichnen, in sieben Bundesländern um 2 Prozentpunkte, in zweien um einen Prozentpunkt. In 4 Bundesländern stellten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen dar und in 8 Bundesländern die vierthäufigste (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, in 2022 erneut bei 6 % stagniert. Nach Ländern betrachtet blieb er in 7 gleich, sank in 4 Ländern und stieg in 5 Ländern.

Die Veränderungen betragen 1 bis 2 Prozentpunkte und waren damit sehr gering. Lediglich in Brandenburg stieg der Anteil um 12 Prozentpunkte von 0 auf 12 % an. Höchstwerte gab es wieder in Niedersachsen und Hessen mit 16 bzw. 14 % und in Bayern mit 13 %. In Niedersachsen stellte diese Kategorie sogar die zweithäufigste Haupteinkommensart dar (Tabelle 22).

Ebenfalls wie im Vorjahr war in 2022 der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, mit 2 % unverändert geblieben. Nach Bundesländern betrachtet gab es gegenüber 2021 acht Abweichungen um jeweils einen oder zwei Prozentpunkte: Sieben negative Abweichungen und eine positive Abweichung in Bremen auf 2 %. Mit Werten zwischen 0 und 3 % war der Anteil der SGB III-Bezieherinnen unter den Hilfeempfängerinnen überall niedrig und dennoch in 11 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Auch im Berichtsjahr 2022 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungshilfen überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 72 % und somit um drei Prozentpunkte mehr als noch 2021. Am seltensten kam das mit 59 % im Saarland und mit 61 % in Baden-Württemberg vor. In den übrigen Ländern betrug der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge mindestens 65 % und mehr, mit Abstand am größten war er in Bremen mit 91 % und in Berlin mit 90 %. In Bayern haben sich die Anteile in allen diesbezüglichen Kategorien in diesem Berichtsjahr wesentlich verändert. Im Jahr 2021 hatten 27 % aller Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellt. Im Folgejahr waren es nur noch 16 %. Dementsprechend ist die Anzahl der in Bayern nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge erheblich gestiegen, von 72 % in 2021 auf 80 % in 2022. Auch der Anteil der in der 1. bis 12.

Schwangerschaftswoche gestellten Anträge stieg dort um 3 Prozentpunkte auf 4 % an. Gleichermassen erheblich verhielt es sich in Hamburg: Die Anzahl der Anträge nach der 20. Schwangerschaftswoche stieg um 9 Prozentpunkte auf 76 % an, während die zwischen der 1. und 12. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge im Vergleich zum Vorjahr von 4 % auf 2 %, und die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten von 29 % auf 22 % sanken. Genau gegensätzlich veränderten sich die Zahlen in Brandenburg. Dort hatten im Vorjahr noch 91 % der Hilfeempfangenden ihre Anträge nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellt und nur 9 % zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche. Im Berichtsjahr war der letztgenannte Anteil um 4 Prozentpunkte auf 13 % gestiegen und im Gegenzug der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge auf 87 % gesunken. Ähnlich verhielt es sich in Thüringen: Hier stieg der Anteil der zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswochen gestellten Anträge um 3 Prozentpunkte auf 15 %, während der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge von 88 % auf 85 % absank.

Die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ waren in Baden-Württemberg und im Saarland bei einer Differenz von unter 30 Prozentpunkten am geringsten. In Baden-Württemberg betrug der Anteil der Antragsstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 32 % und 61 % der Anträge wurden erst danach gestellt. Im Saarland betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 31 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 59 % der Anträge gestellt. Hingegen waren die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ in Berlin und Bremen am größten: In Berlin betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 9 % und 90 % der Antragstellungen erfolgten danach. In Bremen wurden ebenfalls 9 % aller Anträge zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellt und sogar 91 % aller Anträge danach. Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche waren überall mit Abstand am seltensten. Deren Anteil bewegte sich in 15 Bundesländern zwischen 0 bis 7 %; lediglich im Saarland waren es 10 % (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfangenden**. In den westlichen Bundesländern sowie Berlin und Thüringen machten die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfangenden aus (zwischen 40 und 57 %). Der Anteil stieg dabei in Thüringen nicht nur am deutlichsten (um 6 Prozentpunkte von 34 % auf 40 %), sondern Thüringen war damit wieder das einzige östliche Bundesland, in dem dieser Anteil die größte Gruppe ausmachte.

Der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfangenden war in allen Ländern der geringste: Er betrug nur zwischen 11 und 24 %. Im Vergleich zum Vorjahr kam es hier in einem Bundesland (Hessen) zu einer Steigerung des Anteils um einen Prozentpunkt. Der Anteil sank dagegen in 10 Bundesländern meist um ein bis drei Prozentpunkte, in Brandenburg aber um 4 Prozentpunkte auf 18 % und in Bremen sogar um 7 Prozentpunkte auf 15 %.

In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt war der größte Anteil mit 42 bis 47 % bei den Alleinlebenden festzustellen (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt stieg 2022 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 76 Euro (9,5 %) auf **876 Euro** an. In 14 Ländern war ein Anstieg zu verzeichnen (zwischen 0,3 und 35,4 %). Einen Rückgang gab es nur in Hessen (um 4,2 %). In Bremen veränderte sich der Durchschnittswert nicht. Den stärksten Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages gab es mit 35,4 % in Thüringen, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 29,3 %, Sachsen mit 21,2 % und Berlin mit 19,9 %. Dabei lagen in Rheinland-Pfalz und Thüringen die Durchschnittsbeträge erstmals über 1.000 Euro und zwar gleich um mehr als 200 bzw. 300 Euro darüber. In Sachsen war er ähnlich hoch und damit zum zweiten Mal über 1.000 Euro. In Brandenburg gab es das im dritten Jahr in Folge.

Erneut lag auch 2022 in Bremen der Durchschnittsbetrag mit 501 Euro am niedrigsten. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag verzeichnete man in Nordrhein-Westfalen mit 670 Euro, gefolgt Schleswig-Holstein mit 685 Euro. Anders als im Vorjahr lag damit der Durchschnittswert nur noch in einem Land unter 600 Euro. Lediglich in zwei Ländern lag der Durchschnittswert zwischen 600 und 700 Euro, in allen anderen darüber.

In 2022 war in 8 Ländern der rechnerische Durchschnittsbetrag geringer als der Bundesdurchschnitt und in 8 Ländern höher, darunter alle östlichen Bundesländer.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2022 wieder in Bayern mit 1.390 Euro; der Durchschnittsbetrag wurde hier im Vergleich zum Vorjahr um 121 Euro erhöht. Es folgten mit etwas Abstand Thüringen mit 1.326 Euro durchschnittlicher Bewilligungssumme, Sachsen mit 1.283 Euro, Rheinland-Pfalz mit 1.241 Euro und Brandenburg mit 1.162 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2022 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Bayern hat Eigenmittel von 1.124.543 Euro aufgebracht, 164.808 Euro mehr als 2021. Prozentual ist das erneut eine erhebliche Steigerung um 17,2 %. Damit setzt Bayern die Steigerung der zusätzlichen Mittel aus dem Jahr 2021 fort, nachdem es in den Vorjahren bei den zusätzlichen Mitteln des Landes bzw. der Landesstiftung erhebliche Verringerungen von 64,4 bzw. 45,2 % vorgenommen hatte. Auch Sachsen-Anhalt brachte 250 Euro mehr an Eigenmitteln im Vergleich zu 2021 auf, was einer Steigerung von 120,8 % entspricht.

In den übrigen Bundesländern blieb die Summe der zusätzlichen Mittel gleich – wie etwa in Thüringen mit 31.059 Euro – oder verringerte sich: Der Betrag in Rheinland-Pfalz sank um 18.000 Euro (8,3 %) auf 200.000 Euro. In Sachsen verringerte sich der Betrag um 5.200 Euro (21 %) auf 19.600 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern war eine Senkung um 4.600 Euro (29,5 %) auf 11.000 Euro zu verzeichnen, nachdem der Betrag im Vorjahr gestiegen war (Tabelle 33).

Sonderauswertung zu zusätzlichen Mitteln 2022 zum Ausgleich von Nachteilen infolge des Ukrainekrieges

Da die Sondermittel zur Abmilderung der unmittelbaren Folgen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine wegen der zunächst vorläufigen Haushaltsführung in 2022 den zentralen Einrichtungen erst ab Juli zu Verfügung standen, entschieden sich die meisten Zuweisungsempfänger für die Vergabe von Energiekostenpauschalen, da dies am wenigsten Aufwand erforderte. Auf der Grundlage des Stiftungsratsbeschlusses zu den Vergabemodalitäten konnte die Energiekostenhilfe als Pauschale maximal 200 Euro betragen. Dabei wurde häufig zwischen Hilfeempfängerinnen, die bereits im Sozialleistungsbezug waren, und solchen, die keine anderen Sozialleistungen erhielten, unterschieden. Trotz dieser gemeinsamen Grundlagen ergaben sich unterschiedliche Herangehensweisen.

Gestaffelte Pauschalen gab es beispielsweise in Niedersachsen mit Abstufungen von 50, 100 oder 150 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern wurden zwischen 100 und 200 Euro bewilligt. In Hessen betrug die Energiekostenpauschale regelmäßig 50 Euro und nur in Ausnahmefällen wurden bis zu 200 Euro gezahlt. In Nordrhein-Westfalen gab es dagegen in der Regel 200 Euro Energiekostenhilfe und nur in Ausnahmefällen weniger. Im Saarland betrug die Pauschale für Hilfeempfängerinnen ohne sonstige Sozialleistungen anfangs 100 Euro, ab 1. September 200 Euro. Hilfeempfängerinnen im Sozialleistungsbezug erhielten dort nur in Ausnahmefällen Energiekostenhilfe; vor dem 1. September in Höhe von 50 Euro, danach in Höhe von 100 Euro.

Allgemeine Hilfen für Schwangerschaftsbedarf und Erstausrüstung wurden in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern an aus der Ukraine geflohene Schwangere aus den zusätzlichen Mitteln aus dem Einzelplan 60 gewährt. Außerdem wurden dort daraus Energiekostenhilfen für alle Hilfeempfängerinnen finanziert. In den anderen Ländern wurden die Mittel für die allgemeinen Stiftungshilfen für alle Hilfeempfängerinnen, auch für die aus der Ukraine geflohenen, aus den Stiftungsmitteln bewilligt und aus den Einzelplan 60-Mitteln ausschließlich Energiekostenhilfen gezahlt.

Meistens erhielten die Frauen Hilfen für Schwangerschaftsbedarf und Erstausrüstung etc. einerseits und Energiekostenhilfe andererseits nebeneinander. Dass nur Energiekostenhilfen alleine vergeben wurden, gab es lediglich in Bayern.

Da die Energiekostenhilfe möglichst allen Hilfeempfängerinnen, die entsprechenden Bedarf hatten, zu Gute kommen sollte, wurden die entsprechenden Pauschalen aus den Stiftungsmitteln finanziert, wenn die aus dem Einzelplan 60 erhaltenen zusätzlichen Mittel nicht ausreichten.

V. Länder – Daten 2022

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)
2019	15 202 (100 %)	12 801 (100 %)	7 655 (100 %)	4 348 (100 %)
2020	13 942 (100 %)	12 366 (100 %)	7 160 (100 %)	3 683 (100 %)
2021	13 082 (100 %)	12 462 (100 %)	6 882 (100 %)	3 375 (100 %)
2022	13 173 (100 %)	11 213 (100 %)	6 368 (100 %)	3 154 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)
2019	2 150 (100 %)	4 750 (100 %)	10 053 (100 %)	3 227 (100 %)
2020	2 216 (100 %)	4 197 (100 %)	9 383 (100 %)	2 779 (100 %)
2021	2 089 (100 %)	4 163 (100 %)	8 780 (100 %)	2 702 (100 %)
2022	2 043 (100 %)	4 054 (100 %)	7 739 (100 %)	2 609 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)
2019	15 734 (100 %)	40 402 (100 %)	5 146 (100 %)	1 741 (100 %)
2020	14 681 (100 %)	36 311 (100 %)	4 930 (100 %)	1 752 (100 %)
2021	13 867 (100 %)	35 604 (100 %)	4 208 (100 %)	1 675 (100 %)
2022	13 194 (100 %)	33 817 (100 %)	4 536 (100 %)	1 707 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)
2019	6 513 (100 %)	4 656 (100 %)	6 584 (100 %)	3 038 (100 %)
2020	6 030 (100 %)	4 217 (100 %)	5 615 (100 %)	2 849 (100 %)
2021	5 271 (100 %)	3 789 (100 %)	5 534 (100 %)	2 303 (100 %)
2022	5 304 (100 %)	3 747 (100 %)	5 076 (100 %)	2 431 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)
2019	14 233 (94 %)	12 437 (97 %)	7 104 (93 %)	3 602 (83 %)
2020	13 196 (95 %)	12 118 (98 %)	6 664 (93 %)	3 149 (86 %)
2021	12 277 (94 %)	12 242 (98 %)	6 465 (94 %)	2 939 (87 %)
2022	12 049 (91 %)	10 973 (98 %)	6 035 (95 %)	2 531 (80 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)
2019	2 052 (95 %)	4 421 (93 %)	9 408 (94 %)	2 984 (92 %)
2020	2 112 (95 %)	3 884 (93 %)	8 798 (94 %)	2 556 (92 %)
2021	1 983 (95 %)	3 834 (92 %)	8 207 (93 %)	2 495 (92 %)
2022	1 938 (95 %)	3 725 (92 %)	7 739 (93 %)	2 398 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)
2019	14 068 (89 %)	36 376 (90 %)	4 691 (91 %)	1 719 (99 %)
2020	13 224 (90 %)	32 733 (90 %)	4 517 (92 %)	1 594 (91 %)
2021	12 540 (90 %)	33 739 (95 %)	3 850 (91 %)	1 511 (90 %)
2022	11 994 (91 %)	30 857 (91 %)	4 234 (93 %)	1 561 (91 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)
2019	5 837 (90 %)	4 301 (92 %)	6 213 (94 %)	2 724 (90 %)
2020	5 556 (92 %)	3 900 (92 %)	5 296 (94 %)	2 747 (96 %)
2021	4 727 (90 %)	3 517 (93 %)	5 006 (90 %)	2 208 (96 %)
2022	4 679 (88 %)	3 445 (92 %)	4 783 (94 %)	2 301 (95 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	230 (2 %)	189 (2 %)	78 (1 %)	67 (3 %)
ab 18 Jahre	11 819 (98 %)	10 973 (98 %)	5 957 (99 %)	2 464 (97 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	19 (1 %)	12 (0 %)	78 (1 %)	78 (3 %)
ab 18 Jahre	1 919 (99 %)	3 713 (100 %)	7 661 (99 %)	2 320 (97 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	313 (3 %)	372 (1 %)	79 (2 %)	46 (3 %)
ab 18 Jahre	11 681 (97 %)	30 485 (99 %)	4 155 (98 %)	1 515 (97 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 17 Jahre	139 (3 %)	132 (4 %)	57 (1 %)	96 (4 %)
ab 18 Jahre	4 540 (97 %)	3 313 (96 %)	4 726 (99 %)	2 205 (96 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern⁷

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)
2019	1 170 (8 %)	3 090 (25 %)	1 298 (18 %)	854 (24 %)
2020	1 383 (11 %)	3 402 (28 %)	1 264 (19 %)	727 (23 %)
2021	1 289 (11 %)	3 747 (31 %)	1 101 (17 %)	676 (23 %)
2022	1 323 (11 %)	3 820 (35 %)	1 188 (20 %)	693 (27 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)
2019	154 (7 %)	995 (22 %)	1 565 (17 %)	753 (25 %)
2020	274 (13 %)	924 (24 %)	1 397 (16 %)	659 (26 %)
2021	261 (13 %)	818 (21 %)	1 309 (16 %)	705 (28 %)
2022	285 (15 %)	829 (22 %)	1 315 (17 %)	655 (27 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)
2019	1 895 (13 %)	5 700 (16 %)	1 009 (22 %)	185 (11 %)
2020	1 821 (14 %)	5 396 (17 %)	1 004 (22 %)	178 (11 %)
2021	1 669 (13 %)	6 945 (21 %)	803 (21 %)	156 (10 %)
2022	1 570 (13 %)	7 056 (23 %)	879 (21 %)	170 (11 %)

HiE mit Arbeitseinkommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)
2019	1 300 (22 %)	776 (18 %)	2 131 (34 %)	1 149 (42 %)
2020	1 303 (24 %)	696 (18 %)	1 716 (32 %)	1 246 (45 %)
2021	1 082 (23 %)	659 (19 %)	1 554 (31 %)	1 002 (45 %)
2022	1 070 (23 %)	584 (17 %)	1 550 (33 %)	1 082 (47 %)

⁷ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 18: Hilfeempfangenerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern⁸

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)
2019	14 (0 %)	235 (2 %)	57 (1 %)	93 (2 %)
2020	5 (0 %)	272 (2 %)	65 (1 %)	81 (3 %)
2021	11 (0 %)	251 (2 %)	68 (1 %)	88 (3 %)
2022	15 (0 %)	217 (2 %)	33 (0 %)	65 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)
2019	17 (1 %)	60 (1 %)	214 (2 %)	100 (3 %)
2020	19 (1 %)	91 (2 %)	258 (3 %)	92 (4 %)
2021	19 (1 %)	66 (2 %)	248 (3 %)	115 (5 %)
2022	49 (2 %)	50 (1 %)	194 (2 %)	79 (3 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)
2019	346 (2 %)	905 (3 %)	160 (3 %)	38 (2 %)
2020	325 (2 %)	925 (3 %)	177 (4 %)	41 (3 %)
2021	291 (2 %)	967 (3 %)	154 (4 %)	35 (2 %)
2022	247 (2 %)	726 (2 %)	105 (3 %)	27 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)
2019	142 (2 %)	101 (2 %)	167 (3 %)	76 (3 %)
2020	173 (3 %)	101 (3 %)	176 (3 %)	102 (4 %)
2021	129 (3 %)	99 (3 %)	150 (3 %)	65 (3 %)
2022	128 (3 %)	79 (2 %)	136 (3 %)	65 (3 %)

⁸ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfangenerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern⁹

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)
2019	342 (2 %)	30 (0 %)	98 (1 %)	95 (3 %)
2020	414 (3 %)	18 (0 %)	66 (1 %)	93 (3 %)
2021	376 (3 %)	18 (0 %)	85 (2 %)	88 (3 %)
2022	103 (1 %)	20 (0 %)	71 (1 %)	87 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)
2019	31 (2 %)	35 (1 %)	150 (2 %)	35 (1 %)
2020	43 (2 %)	22 (0 %)	109 (1 %)	30 (1 %)
2021	20 (1 %)	27 (1 %)	102 (1 %)	33 (1 %)
2022	15 (1 %)	19 (1 %)	120 (1 %)	29 (1 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)
2019	429 (3 %)	463 (1 %)	39 (1 %)	38 (2 %)
2020	388 (3 %)	432 (1 %)	46 (1 %)	41 (3 %)
2021	378 (3 %)	484 (1 %)	42 (1 %)	44 (3 %)
2022	370 (3 %)	390 (1 %)	48 (1 %)	40 (2 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)
2019	114 (2 %)	303 (7 %)	119 (2 %)	70 (3 %)
2020	115 (2 %)	330 (8 %)	129 (3 %)	87 (3 %)
2021	107 (2 %)	326 (9 %)	113 (2 %)	74 (3 %)
2022	81 (2 %)	284 (8 %)	114 (2 %)	67 (3 %)

⁹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern¹⁰

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)
2019	5 775 (41 %)	4 930 (40 %)	4 730 (67 %)	1 788 (50 %)
2020	5 197 (39 %)	4 658 (39 %)	4 386 (66 %)	1 538 (49 %)
2021	4 818 (39 %)	4 120 (34 %)	4 286 (66 %)	1 440 (49 %)
2022	4 513 (37 %)	3 407 (31 %)	3 789 (63 %)	989 (39 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)
2019	1 446 (70 %)	2 545 (58 %)	4 707 (50 %)	1 514 (51 %)
2020	1 375 (65 %)	2 053 (53 %)	4 304 (49 %)	1 233 (48 %)
2021	1 283 (65 %)	2 061 (54 %)	3 856 (47 %)	1 119 (45 %)
2022	1 060 (55 %)	1 911 (51 %)	3 459 (45 %)	1 093 (46 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)
2019	7 443 (53 %)	19 775 (54 %)	2 035 (43 %)	1 125 (65 %)
2020	6.800 (51 %)	17 505 (53 %)	1 708 (38 %)	1 006 (63 %)
2021	6 162 (49 %)	18 017 (53 %)	1 515 (39 %)	908 (60 %)
2022	5 455 (46 %)	15 125 (49 %)	1 461 (35 %)	870 (56 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)
2019	3 266 (56 %)	2 534 (59 %)	2 673 (43 %)	1 107 (41 %)
2020	2 954 (53 %)	2.148 (55 %)	2 327 (44 %)	1 028 (37 %)
2021	2 417 (51 %)	1 783 (51 %)	2 088 (42%)	744 (34 %)
2022	2 278 (48 %)	1 741 (51 %)	1 784 (37 %)	707 (30 %)

¹⁰ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern¹¹

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)
2019	1 638 (12 %)	555 (4 %)	831 (12 %)	324 (9 %)
2020	1 213 (9 %)	151 (1 %)	816 (12 %)	281 (9 %)
2021	1 220 (10 %)	153 (1 %)	786 (12 %)	265 (9 %)
2022	1 557 (13 %)	238 (2 %)	824 (14 %)	307 (12 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)
2019	141 (7 %)	273 (6 %)	664 (7 %)	101 (3 %)
2020	137 (6 %)	258 (7 %)	516 (6 %)	118 (5 %)
2021	119 (3 %)	283 (7 %)	523 (7 %)	110 (4 %)
2022	157 (8 %)	335 (9 %)	771 (10 %)	147 (6 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)
2019	944 (7 %)	2 446 (7 %)	236 (5 %)	48 (3 %)
2020	778 (6 %)	1 863 (6 %)	232 (5 %)	41 (3 %)
2021	845 (7 %)	1 717 (5 %)	196 (5 %)	72 (5 %)
2022	1 087 (9 %)	2 068 (7 %)	271 (6 %)	75 (5 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)
2019	402 (7 %)	193 (5 %)	341 (5 %)	163 (6 %)
2020	340 (6 %)	186 (5 %)	323 (6 %)	127 (5 %)
2021	353 (8 %)	189 (5 %)	323 (6 %)	141 (6 %)
2022	382 (8 %)	227 (7 %)	398 (8 %)	203 (9 %)

¹¹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern¹²

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)
2019	311 (2 %)	1 496 (12 %)	10 (0 %)	13 (0 %)
2020	394 (3 %)	1 323 (11 %)	2 (0 %)	18 (0 %)
2021	232 (2 %)	1 611 (13 %)	11 (0 %)	0 (0 %)
2022	334 (2 %)	1 443 (13 %)	67 (1 %)	302 (12 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)
2019	25 (1 %)	71 (2 %)	1 254 (13 %)	42 (2 %)
2020	19 (1 %)	66 (2 %)	1 358 (15 %)	28 (1 %)
2021	28 (1 %)	43 (1 %)	1 319 (16 %)	27 (1 %)
2022	49 (2 %)	70 (2 %)	1 057 (14 %)	17 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)
2019	2 191 (16 %)	1 114 (3 %)	36 (1 %)	26 (2 %)
2020	2 182 (17 %)	1 006 (3 %)	68 (2 %)	19 (0 %)
2021	2 056 (17 %)	931 (3 %)	53 (2 %)	17 (1 %)
2022	1 899 (16 %)	847 (3 %)	61 (1 %)	30 (2 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)
2019	87 (2 %)	18 (0 %)	169 (3 %)	65 (2 %)
2020	98 (2 %)	22 (0 %)	130 (3 %)	56 (2 %)
2021	108 (2 %)	10 (0 %)	180 (4 %)	53 (3 %)
2022	92 (2 %)	18 (0 %)	172 (4 %)	43 (2 %)

¹² Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern¹³

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)
2019	4 983 (35 %)	2 101 (17 %)	80 (1 %)	435 (12 %)
2020	4 590 (35 %)	2 294 (19 %)	65 (1 %)	411 (13 %)
2021	4 331 (35 %)	2 342 (19 %)	128 (2 %)	382 (13 %)
2022	4 204 (35 %)	1 828 (17 %)	63 (1 %)	88 (4 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)
2019	238 (12 %)	442 (10 %)	854 (9 %)	439 (15 %)
2020	245 (12 %)	470 (12 %)	856 (10 %)	396 (15 %)
2021	253 (13 %)	536 (14 %)	850 (10 %)	386 (16 %)
2022	323 (17 %)	511 (14 %)	823 (11 %)	378 (16 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)
2019	820 (6 %)	5 973 (16 %)	1 176 (25 %)	259 (15 %)
2020	930 (7 %)	5 606 (17 %)	1 282 (28 %)	268 (17 %)
2021	1 139 (9 %)	4 678 (14 %)	1 087 (28 %)	279 (18 %)
2022	1 366 (11 %)	4 645 (15 %)	1 409 (33 %)	349 (22 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)
2019	526 (9 %)	376 (9 %)	613 (10 %)	94 (3 %)
2020	573 (10 %)	417 (11 %)	495 (9 %)	101 (4 %)
2021	531 (11 %)	451 (13 %)	598 (12 %)	129 (6 %)
2022	648 (14 %)	512 (15 %)	629 (13 %)	134 (6 %)

¹³ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 24: entfallen

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2022 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	815 (7 %)	462 (4 %)	49 (1 %)	8 (0 %)
13. bis 20.	3 902 (32 %)	1 757 (16 %)	538 (9 %)	316 (13 %)
nach der 20.	7 332 (61 %)	8 754 (80 %)	5 448 (90 %)	2 207 (87 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	6 (0 %)	93 (2 %)	235 (3 %)	36 (2 %)
13. bis 20.	178 (9 %)	807 (22 %)	1 434 (19 %)	509 (21 %)
nach der 20.	1 754 (91 %)	2 825 (76 %)	6 070 (78 %)	1 853 (77 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	145 (1 %)	1 709 (6 %)	285 (7 %)	153 (10 %)
13. bis 20.	3 045 (25 %)	8 486 (27 %)	954 (22 %)	493 (31 %)
nach der 20.	8 804 (74 %)	20 662 (67 %)	2 995 (71 %)	915 (59 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	222 (5 %)	63 (2 %)	230 (5 %)	8 (0 %)
13. bis 20.	1 417 (30 %)	1 023 (30 %)	1 247 (26 %)	334 (15 %)
nach der 20.	3 040 (65 %)	2 359 (68 %)	3 306 (69 %)	1 959 (85 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2022 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 642 (55 %)	6 024 (55 %)	2 656 (44 %)	889 (35 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	4 014 (33 %)	3 494 (32 %)	2 395 (40 %)	1 180 (47 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 393 (12 %)	1 455 (13 %)	984 (16 %)	462 (18 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	900 (46 %)	1 687 (45 %)	4 340 (56 %)	770 (32 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	755 (39 %)	1 541 (42 %)	2 507 (32 %)	1 094 (46 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	283 (15 %)	497 (13 %)	892 (12 %)	534 (22 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	5 951 (50 %)	16 739 (54 %)	2 424 (57 %)	896 (57 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 699 (31 %)	9 244 (30 %)	1 191 (28 %)	494 (32 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 344 (19 %)	4 874 (16 %)	619 (15 %)	171 (11 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 668 (36 %)	1 266 (37 %)	2 484 (52 %)	927 (40 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	1 992 (42 %)	1 446 (42 %)	1 356 (28 %)	819 (36 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 019 (22 %)	733 (21 %)	943 (20 %)	555 (24 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	122 (100 %)	156 (100 %)	49 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	101 (83 %)	80 (51 %)	44 (90 %)	53 (83 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (17 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	156 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (83 %)	80 (51 %)	43 (90 %)	51 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (18 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	102 (100 %)	156 (100 %)	45 (100 %)	59 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (100 %)	80 (51 %)	40 (89 %)	50 (85 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	9 (15 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	157 (100 %)	49 (100 %)	60 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (84 %)	81 (52 %)	44 (90 %)	52 (87 %)
Staatlich/kommunal	20 (16 %)	76 (48 %)	5 (10 %)	8 (13 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	91 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	91 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ¹⁴	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	222 (100 %)	183 (100 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (77 %)	162 (89 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	50 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	221 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	223 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	178 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	185 (100 %)	97 (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	185 (81 %)	164 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	43 (19 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)

* 77 geförderte Beratungsstellen inkl. Außenstellen

¹⁴ Nachträgliche Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2017.

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	46 (81 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (19 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	49 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	42 (86 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	7 (14 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	56 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	45 (80 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (20 %)	0 (0 %)
2022				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	82 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	67 (82 %)	39 (97 %)	46 (81 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (18 %)	1 (3 %)	11 (19 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2022 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2,5-facher RS	2,2 x RS (Härtefälle 2,7 x RS) + Familienzuschläge 100 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härtefallregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	AL: 3 x RS Paare u. HA: 4 x RS Kinder: 1 x RS + Warmmiete	AL: 3 x RS HV/HA: 2 x RS Kinder: 1 ½ RS zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	2-facher RS bei HV und HA; 2,5-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL = 2,5 x RS + KdU; ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	"HV/HA=1,5xRS AL 2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit; Übersteigerung des Netto - § 53 Abs. 1 Nr.2 AO; Folgeanträge möglich"	HV/HA = 2 x RS AL = 2,5 x RS + KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HA=1,5xRS AL=2,5xRS+ 2RS für Kinder zzgl. angem. Kosten Unterkunft	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigerung d. Netto; § 53 AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand; KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2022 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800
2019	759	1 305	806	852
2020	860	1 161	768	1 025
2021	805	1 269	769	1 037
2022	815	1 390	922	1 162

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722
2019	450	594	703	780
2020	480	705	772	911
2021	501	667	810	915
2022	501	752	776	928

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588
2019	653	536	934	645
2020	625	583	945	706
2021	762	597	960	768
2022	764	670	1 241	805

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843
2019	964	745	526	955
2020	976	814	634	977
2021	1 059	864	660	979
2022	1 283	935	685	1 326

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2022 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	0 (0 %)	684 (6 %)	32 (0 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	5 976 (50 %)	244 (2 %)	796 (13 %)	204 (8 %)
Bis 1 000 Euro	2 250 (19 %)	2 266 (21 %)	4 502 (75 %)	926 (37 %)
Bis 1 500 Euro	3 665 (30 %)	4 227 (39 %)	178 (3 %)	1 033 (41 %)
Über 1 500	158 (1 %)	3 552 (32 %)	527 (9 %)	368 (14 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	256 (13 %)	1 (0 %)	67 (1 %)	3 (0 %)
Bis 600 Euro	1 000 (52 %)	600 (16 %)	629 (8 %)	333 (14 %)
Bis 1 000 Euro	587 (30 %)	1 945 (52 %)	4 493 (58 %)	1 301 (54 %)
Bis 1 500 Euro	88 (5 %)	1 140 (31 %)	2 305 (30 %)	736 (31 %)
Über 1 500 Euro	7 (0 %)	39 (1 %)	245 (3 %)	25 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	246 (2 %)	1 959 (6 %)	277 (5 %)	28 (2 %)
Bis 600 Euro	5 933 (49 %)	14 243 (46 %)	1 101 (26 %)	351 (23 %)
Bis 1 000 Euro	2 950 (25 %)	11 539 (38 %)	916 (22 %)	734 (47 %)
Bis 1 500 Euro	2 394 (20 %)	2 889 (9 %)	401 (9 %)	411 (26 %)
Über 1 500 Euro	471 (4 %)	227 (1 %)	1 589 (38 %)	37 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	59 (1 %)	2 (0 %)	296 (6 %)	19 (1 %)
Bis 600 Euro	363 (8 %)	205 (6 %)	1 926 (40 %)	175 (8 %)
Bis 1 000 Euro	1 225 (26 %)	2 106 (61 %)	2 281 (48 %)	660 (29 %)
Bis 1 500 Euro	1 461 (31 %)	1 090 (32 %)	239 (5 %)	883 (38 %)
Über 1 500 Euro	1 571 (34 %)	42 (1 %)	41 (1 %)	654 (24 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	nein	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	1.124.543	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	11.000

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	200.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	19.600	1.450	nein	31.059

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	8
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	9
Tabelle 4:	entfallen	10
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	10
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	10
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	11
Tabelle 8:	Einkommengrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	11
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	12
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2022	12
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	13
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	13
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	13
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern ...	19
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	20
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	21
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	22
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	25
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	26
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten,	27
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	28
Tabelle 24:	entfallen	29
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2022 nach Bundesländern	29
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2022 nach Bundesländern	30
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	31
Tabelle 28:	Einkommengrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2022 nach Bundesländern	35
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2022 nach Bundesländern	36
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2022 nach Bundesländern	37
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	38
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	38
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	38